



BERLINER INFORMATIONSDIENST

→ zur Steuerpolitik

→ TOP-ISSUES

ZUSTIMMUNG DES EU-MINISTERRATS ZUR VERSTÄRKTEN ZUSAMMENARBEIT BEI DER FINANZTRANSAKTIONSSTEUER →

Am 22.01.2013 haben die EU-Finanzminister Deutschlands und Frankreichs sowie neun weiterer EU-Mitgliedstaaten die Einführung einer Finanztransaktionssteuer (FTT) im Rahmen der „verstärkten Zusammenarbeit“ beschlossen. Nunmehr wird die Kommission einen Entwurf erarbeiten. Es ist zu erwarten, dass dieser in Kürze vorgelegt wird.

Aktuelle Entwicklungen

Da im Steuerrecht auf EU-Ebene das Erfordernis der Einstimmigkeit gilt, scheiterte der Plan der Einführung einer FTT zunächst am Widerstand mehrerer EU-Mitgliedstaaten, insbesondere an Großbritannien und Schweden. Als weitere Möglichkeit blieb daher nur die sog. verstärkte Zusammenarbeit, also die Einführung einer solchen Steuer im kleineren Kreis von mindestens neun Mitgliedstaaten. Im Herbst 2012 haben daher elf Staaten den Antrag auf eine verstärkte Zusammenarbeit in diesem Bereich gestellt. (...)

→ **FORTSETZUNG:** Den vollständigen Artikel mit weiteren Positionen, Hintergrundinformationen sowie Quellen erhalten Sie als Abonnent auf **SEITE 3**.

DAS INTERNATIONALE STEUERRECHT IM JAHR 2013 →

Das internationale Steuerrecht birgt viele interessante Baustellen für das Jahr 2013. Denn die Diskussionen stehen immer mehr im Zeichen der Bekämpfung von Steuerbetrug und aggressiver Steuergestaltung. Dies gilt sowohl für die EU-Kommission als auch für die G 20 und die OECD. Die in der Presse diskutierten Fälle von Google, Yahoo u. a. drohen einmal mehr zur Anwendung des Sprichwortes „hard cases make bad laws“ zu führen. Die aktuellen Bemühungen der Kommission sowie der OECD und der G 20-Staatengruppe sind dabei weitgehend miteinander im Gleichklang. Anfang November wiesen der deutsche Finanzminister Wolfgang Schäuble und sein britischer Kollege George Osborne in einer öffentlichen Erklärung am Rande des G 20-Gipfels in Mexiko auf die Herausforderung der internationalen Zusammenarbeit mit Blick auf die Unternehmensbesteuerung hin. Steuergestaltung und -betrug führe zu jährlichen Mindereinnahmen für die G 20-Mitgliedstaaten i. H. v. ca. 60 Mrd. US Dollar. (...)

→ **FORTSETZUNG:** Den vollständigen Artikel mit weiteren Positionen, Hintergrundinformationen sowie Quellen erhalten Sie als Abonnent auf **SEITE 4**.

EDITORIAL

Liebe Leser,

die Niedersachsen-Wahl am vergangenen Wochenende hat die steuerpolitische Situation nicht vereinfacht. Die SPD-geführten Länder verfügen nunmehr über eine deutliche Mehrheit im Bundesrat, so dass nicht absehbar ist, wie sich die laufenden Gesetzgebungsverfahren weiter entwickeln werden.

Spannend wird es aber auch auf der internationalen steuerpolitischen Bühne, die im Fokus dieser Ausgabe steht: Die von elf EU-Mitgliedstaaten befürwortete Finanztransaktionssteuer hat am Dienstag im Ministerrat grünes Licht bekommen. So wird die Kommission in Kürze einen neuen Entwurf präsentieren. Zudem stehen Themen wie „Base Erosion and Profit Shifting“ und der Aktionsplan der Kommission gegen Steuerhinterziehung und -betrug auf der Tagesordnung.

Auch die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen widmet sich internationalen Themen und fordert die Bundesregierung in einem Antrag auf, sich auf EU-Ebene für ein betrugssicheres, transparentes und bürokratiearmes Mehrwertsteuersystem einzusetzen.

Dr. Tanja Wiebe, LL.M.

Managing Director FinTax policy advice

PROBEABONNEMENT

Sie lesen hier die auf die ersten beiden Seiten gekürzte lite-Version des BID. Gerne bieten wir Ihnen an, die vollständige Ausgabe kostenlos und unverbindlich für 4 Wochen zur Probe zu bestellen. Weitere Informationen hierzu auf **SEITE 3**.



→ TOP-ISSUES (Fortsetzung)

BFH: BETEILIGUNGSGRENZE VON 1 % I. S. VON § 17 ABS. 1 S. 1 EStG IST VERFASSUNGSGEMÄSS →

Hintergrund

Der Bundesfinanzhof (BFH) hat mit Urteil vom 24.10.2012 IX R 36/11 entschieden, dass die Beteiligungsgrenze von 1 % gem. § 17 Abs. 1 S. 1 des EStG i. d. F. des Steuersenkungsgesetzes vom 23.10.2000 (BGBl I 2000, 1433) verfassungsgemäß ist. Gewinne aus der Veräußerung von im Privatvermögen gehaltenen Beteiligungen an einer Kapitalgesellschaft sind danach steuerpflichtig, wenn der Veräußerer innerhalb der letzten fünf Jahre am Kapital der Gesellschaft zu mindestens 1 % beteiligt war. Die Vorschrift sollte früher, als die Beteiligungsgrenze noch bei 25 % lag, eine Gleichstellung mit der mitunternehmerischen Beteiligung bewirken („wesentliche Beteiligung“). Später, nach der Absenkung auf 10 % (sowie der Verlängerung der sog. Spekulationsfristen des § 23 Abs. 1 S. 1 EStG durch das Steuerentlastungsgesetz 1999/2000/2002) und schließlich auf 1 %, sollte sie zur Gleichbehandlung der Dividenden und Veräußerungsgewinne beitragen. (...)

→ **FORTSETZUNG:** Den vollständigen Artikel mit weiteren Positionen, Hintergrundinformationen sowie Quellen erhalten Sie als Abonnent auf **SEITE 6**.

ANTRAG DER GRÜNEN IM BUNDESTAG ZUR SCHAFFUNG EINES BETRUGSSICHEREN, TRANSPARENTEN UND BÜROKRATIEARMEN MEHRWERTSTEUERSYSTEMS AUF EUROPÄISCHER EBENE →

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen forderte die Bundesregierung auf, eine europäische Mehrwertsteuerreform in Form einer gezielteren Harmonisierung weiter voranzutreiben. Der dazugehörige Antrag stand am Donnerstag, den 17.01.2013 auf der Tagesordnung im Bundestag. Eine mangelnde Harmonisierung des Mehrwertsteuersystems vor allem durch verschiedene Formen der Vorsteuererstattung, diverse Registrierungsanforderungen oder unterschiedliche Regelungen für ermäßigte Steuersätze führte zu erheblichen Steuerausfällen durch Steuerbetrug und erzeugte einen erheblichen Bürokratieaufwand, heißt es in dem Antrag. (...)

→ **FORTSETZUNG:** Den vollständigen Artikel mit weiteren Positionen, Hintergrundinformationen sowie Quellen erhalten Sie als Abonnent auf **SEITE 7**.

DER BERLINER INFORMATIONSDIENST ZUR STEUERPOLITIK

erscheint in Kooperation mit der auf Steuerpolitik spezialisierten Beratung FinTax policy advice. FinTax policy advice berät an der Schnittstelle zwischen Wirtschaft, Politik und Verwaltung in dem Bereich der Steuer- und Finanzpolitik. Das Leistungsportfolio reicht vom Monitoring z. B. aktueller Gesetzgebungsverfahren über die Analyse steuer- und finanzpolitischer Sachverhalte bis hin zur Beratung der strategischen Vorgehensweise. Die Leistungen werden individuell auf die Bedürfnisse des Kunden zugeschnitten und zeichnen sich durch Objektivität sowie Neutralität aus. Auf Basis eines Netzwerks auf nationaler und internationaler Ebene unterstützt FinTax Unternehmen, Institutionen und Verbände. Insbesondere auch Gruppen, die in Deutschland keine ausreichende Vertretung haben, z. B. ausländische Investoren, gehören zum Kundenkreis. www.fintax-pa.de

CONTENT

→ TOP-ISSUES SEITE 1

Zustimmung des EU-Ministerrats zur verstärkten Zusammenarbeit bei der Finanztransaktionssteuer

Das internationale Steuerrecht im Jahr 2013

BFH: Beteiligungsgrenze von 1 % i. S. von § 17 Abs. 1 S. 1 EStG ist verfassungsgemäß

Antrag der Grünen im Bundestag zur Schaffung eines betrugssicheren, transparenten und bürokratiearmen Mehrwertsteuersystems auf europäischer Ebene

→ STATUS (25.01.13) SEITE 9

Gesetz zur weiteren Vereinfachung des Steuerrechts 2013 (StVereinfG 2013)

Gesetz zur Umsetzung des EuGH-Urteils vom 20.10.2011 in der Rechtssache C-284/09

Entwurf eines Gesetzes zur Entbürokratisierung des Gemeinnützigkeitsrechts

Gesetz zur Verbesserung der steuerlichen Förderung der privaten Altersvorsorge

Gesetz zur Änderung und Vereinfachung der Unternehmensbesteuerung und des steuerlichen Reisekostenrechts

Jahressteuergesetz 2013 u. a.

→ UPCOMING (28.01.-01.02.13) SEITE 18

BUNDESTAG: 219. Sitzung des Deutschen Bundestages zur zweiten und dritten Beratung des Gesetzentwurfs der Fraktionen CDU/CSU und FDP zur Verbesserung der steuerlichen Förderung der privaten Altersvorsorge

BUNDESRAT: 906. Sitzung des Bundesrates zum Jahressteuergesetz 2013

VERMITTLUNGS-AUSSCHUSS: Gesetz zur Umsetzung des EUGH-Urteils vom 20.10.2011 in der Rechtssache C-284/09



→ BESTELLFAX AN 030. 20 45 41 -21

ODER FORMLOS PER MAIL AN MAIL@BERLINERINFORMATIONSDIENST.DE

Hier können Sie kostenlos und unverbindlich den Berliner Informationsdienst für vier Wochen zur Probe bestellen. Im Anschluss endet das Probe-Abonnement automatisch und Sie können uns entweder über die kostenlose lite-Variante verbunden bleiben oder sich über das kostenpflichtige Abonnement der Vollversion den vollen Monitoring Service des Berliner Informationsdienstes sichern.

Das Abonnement kostet monatlich 200 Euro zzgl. MwSt. und wird quartalsweise abgerechnet, wobei das Quartal, in dem das Abonnement beginnt, anteilig berechnet wird.

Bei individuellen Wünschen bspw. hinsichtlich der Erstellung in einer anderen Sprache, für ein anderes Politikfeld, mit individuellem Fokus, als Printausgabe, etc. erstellen wir Ihnen gerne ein individuelles Angebot.

Bitte senden Sie mir kostenlos und unverbindlich die folgenden Ausgaben des Berliner Informationsdienstes für vier Wochen zur Probe:

- BERLINER INFORMATIONSDIENST ZUR ENERGIEPOLITIK
- BERLINER INFORMATIONSDIENST ZUR GESUNDHEITSPOLITIK
- BERLINER INFORMATIONSDIENST ZUR NETZPOLITIK
- BERLINER INFORMATIONSDIENST ZUR STEUERPOLITIK

Unternehmen/Institution

Ansprechpartner

Funktion

Telefonnummer

Email-Adresse (an die der BID zugestellt werden soll)

PARLIAMENTARY MONITORING & POLITICAL INTELLIGENCE

Nehmen Sie den Berliner Informationsdienst gerne wörtlich: Wir bieten Ihnen alle Informationen für das politische Berlin als professionelle Dienstleistung. Wir reduzieren die tägliche Informationsflut auf das Elementare – den politischen Prozess – und bieten ein intelligentes politisches Monitoring für Politikberatungen, Unternehmen, Verbände, NGOs, aber auch politische Entscheidungsträger. Pünktlich zum Beginn der Sitzungswochen des Bundestages und Bundesrates bietet der BID branchenspezifisch die Positionen der politischen Akteure und Key Stakeholder zu den Top-Themen der Woche, detaillierte Informationen über parlamentarische Initiativen und Prozesse der Parlamentswoche, den Stand aktueller Gesetzgebungsprozesse und einen Ausblick auf alle politikfeld-relevanten Termine. Der BID informiert über die relevanten Entscheidungen in Bundestag, Bundesrat, Regierung und die Positionen der politischen Akteure und direkten Stakeholder. Der Berliner Informationsdienst erscheint für die Themenfelder Energiepolitik, Gesundheitspolitik, Netzpolitik sowie Steuerpolitik und wird herausgegeben von dem think tank polisphere. Weitere Informationen finden Sie unter:

www.berlinerinformationsdienst.de

REDAKTION

Für allgemeine Fragen zum Berliner Informationsdienst steht Ihnen die Herausgeberin zur Verfügung:

Dr. Sandra Busch-Janser, sbj@polisphere.eu, 030.20 45 41 -22

Inhaltliche Fragen beantwortet Ihnen gerne Ihr persönlicher Ansprechpartner:

für Energiepolitik:
Lillemor Ullrich, lu@polisphere.eu, -26

für Gesundheitspolitik:
Roberta Wendt, rw@polisphere.eu, -27

für Netzpolitik:
Aylin Ünal, au@polisphere.eu, -20

für Steuerpolitik:
Dr. Tanja Wiebe, tw@polisphere.eu, -20

IMPRINT

Herausgeber: **polisphere e.V.**
Friedrichstr. 60, D-10117 Berlin
0049. 30. 20 45 41 -20 (Tel.) -21 (Fax)
berlin@polisphere.eu
www.polisphere.eu